



Entwurf

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: **Keine Wahlaufrufe für einzelne Parteien oder Kandidat*innen**

Antragstext

1 Die 51. BMV möge beschließen, dass der Bundesverband CampusGrün nicht zur Wahl
2 einzelner Parteien oder Kandidat*innen aufruft, soweit in der betreffenden Wahl
3 noch andere progressive Parteien oder Kandidat*innen zur Wahl stehen. Ein Aufruf
4 zum Wählgang bleibt davon unberührt.

Begründung

Die einzelnen Mitgliedsgruppen unterscheiden sich bei Fragen der Nähe zur Partei Bündnis 90/Die Grünen teils deutlich. Zwar stehen wir als Verband den Grünen nahe, bei den Fragen, was das für unsere konkrete politische Arbeit auf der Bundesebene bedeutet, müssen aber Grenzen abgesteckt werden, damit der Verband weiter ein Verband für alle Mitgliedsgruppen bleiben kann. Der Bundesverband kann weiter seine inhaltliche und organisatorische Nähe zur Partei nutzen, um unsere Anliegen in den Gremien der Partei anzubringen. Vor dem Hintergrund des starken Rechtsrucks in unserer Gesellschaft, der in einigen Fragen auch vor den Grünen nicht Halt gemacht hat, müssen wir respektieren, dass viele Mitglieder aktuell die Grünen nicht bedingungslos unterstützen können und wollen. Deshalb muss in beiden Richtungen auf zu starke Positionierungen verzichtet werden. CampusGrün ist weder der Ort, an dem eher kritische Stimmen ihre Kritik an den Grünen groß öffentlich nach außen tragen, noch darf CampusGrün einfach undifferenziert und unkritisch Wahlkampf für die Grünen machen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.



Entwurf

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: Autonomie der Mitgliedgruppen

Antragstext

1 Die 51. BMV möge beschließen, dass der Bundesverband nicht von sich aus Kontakt
2 zu Kreis- oder Ortsverbänden der Partei Bündnis 90/Die Grünen aufnimmt, wenn es
3 in dem Gebiet des KVs oder OV's eine aktive Mitgliedsgruppe des Bundesverbands
4 gibt und diese nicht zuvor mit einem angemessenen zeitlichen Abstand kontaktiert
5 wurde. Gegen den Willen einer Mitgliedsgruppe darf keine Kooperation mit dem
6 dazugehörigen KV/OV und keine Aktion des Bundesverbands selbst auf dem Gebiet
7 stattfinden.

8 Bei KVs/OVs, in deren Gebiet sich mehrere Mitgliedsgruppen befinden, sollte eine
9 Lösung im Austausch aller Mitgliedsgruppen gefunden werden.

Begründung

Die Mitgliedsgruppen genießen Autonomie. Gerade bei der Frage von Zusammenarbeit mit den Grünen unterscheiden sich die Mitgliedsgruppen in einem so vielfältigen Verband wie unserem teils deutlich. Die Entscheidungen der Mitgliedsgruppen, ob und in welchem Umfang sie mit den Grünen zusammenarbeiten wollen, sollten nicht durch den Bundesverband beeinflusst werden. Auch die Frage, wie stark man in der Studierendenschaft als Vertreter der Grünen wahrgenommen werden möchte, sollte jede Mitgliedsgruppe für sich entscheiden können. Auf diese Fragen können aber Kooperationen zwischen dem Bundesverband und den Grünen vor Ort großen Einfluss haben. Daher sollte das nur nach vorheriger Absprache und im Einvernehmen mit der lokalen Mitgliedsgruppe geschehen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.



Entwurf

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: Queere Bildungspolitik an Hochschulen fördern
und strukturelle Diskriminierung bekämpfen!

Antragstext

Die 51. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

"Die Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün fordert die flächendeckende Implementierung einer progressiven und queeren Bildungspolitik an deutschen Hochschulen. Wir setzen uns für einen umfassenden Maßnahmenkatalog ein, der strukturelle Diskriminierung Stück für Stück bekämpft und die Gleichstellung aller Geschlechter und sexuellen Identitäten an Hochschulen gewährleistet.

1. **Verbindliche Antidiskriminierungsstellen:** Alle Hochschulen müssen Antidiskriminierungsstellen mit eigenem Budget, Personal und Entscheidungskompetenzen etablieren. Diese sollen ein niedrigschwelliges Beschwerdemanagement, proaktive Präventionsmaßnahmen und Beratungsangebote für von Diskriminierung betroffene Personen bereitstellen.
2. **Quotierung aller Stellen und Professuren:** FLINTA*-Personen sind in akademischen Führungspositionen massiv unterrepräsentiert. Wir fordern eine verpflichtende Quotierung auf allen Ebenen der Hochschule, insbesondere bei der Vergabe von Professuren. Diese Maßnahme ist nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit geboten, sondern auch für qualitativ hochwertige wissenschaftliche Arbeit durch diverse Teams unerlässlich.
3. **Gendergerechte Sprache:** In der Lehre sowie in Studienleistungen und wissenschaftlichen Arbeiten muss gendergerechte Sprache verpflichtend werden. Hochschulen sollen durch klare Positionierung dafür Sorge tragen,

dass sprachlich alle Menschen über binäres Geschlechterdenken hinweg adressiert werden, da Sprache Wirklichkeit schafft.

4. **Quotierung studentischer Gremien:** Listen, die mehrheitlich männliche Kandidaten aufstellen, sollen nicht unkommentiert zu Wahlen studentischer Gremien zugelassen werden. Hochschulgruppen mit nicht-quotierten Listen müssen zumindest eine Begründung vorlegen. Zusätzlich fordern wir gezielte Empowerment- und Awareness-Programme, um die hochschulpolitischen Gremien zu einem Ort zu machen, an dem sich FLINTA* wohlfühlen und engagieren wollen.
5. **Kostenfreie Periodenprodukte:** Alle Hochschulen müssen auf sämtlichen Toiletten in allen universitären Gebäuden ausreichend kostenlose Periodenprodukte zur Verfügung stellen, um Periodenarmut zu bekämpfen und alle menstruierenden Studierenden zu unterstützen.
6. **Sensibilisierung in der Lehramtsausbildung:** Lehramtsstudiengänge müssen verpflichtende Veranstaltungen zum Umgang mit queeren Personen. Zukünftige Lehrer*innen müssen in der Lage sein, ein inklusives und unterstützendes Umfeld zu schaffen.
7. **Ausschluss diskriminierender Strukturen:** Burschenschaften und Verbindungen dürfen nicht mehr als Hochschulgruppen anerkannt werden und sollen keine Räumlichkeiten der Hochschulen zur Verfügung gestellt bekommen. Als progressive Organisation lehnen wir elitäre Männerbünde mit nationalistischen, sexistischen und patriarchalen Strukturen entschieden ab.
8. **Mentoring- und Empowerment-Programme:** Hochschulen müssen mehr finanzielle Mittel für Mentoring- und Empowerment-Programme bereitstellen, die FLINTA*-Personen unterstützen. Besonders in MINT-Fächern und auf dem wissenschaftlichen Karriereweg ist ein gezieltes Empowerment notwendig, um Unterrepräsentation zu bekämpfen.
9. **Bildungsveranstaltungen zu Diskriminierungs- und Unterdrückungsverhältnissen:** Hochschulen sollen vermehrt Bildungsveranstaltungen zu Diskriminierungs- und Unterdrückungsverhältnissen anbieten und diese bei Bedarf in thematisch passenden Fachrichtungen verpflichtend einführen, um institutionell Kritik, Reformwille und Reflexionsvermögen zu fördern.
10. **Kulturelle Angebote mit queerer Perspektive:** Kulturesemestertickets müssen

auch queere Angebote beinhalten und darauf ausgelegt sein, feministische Perspektiven zu fördern. Durch die Einbindung solcher Angebote kann allen Studierenden kostengünstig oder kostenlos Zugang zu machtkritischen Perspektiven ermöglicht werden.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, diese Forderungen in die politische Arbeit von CampusGrün auf Bundesebene einfließen zu lassen und gegenüber den zuständigen bildungspolitischen Akteur*innen zu vertreten."

Begründung

Als grün-alternative Hochschulgruppen setzen wir uns besonders für queerfeministische Themen ein und fordern, dass diese sich in allen Bereichen des Hochschullebens widerspiegeln. Noch immer werden queere Menschen sowie FLINTA*-Personen diskriminiert. Unsere Hochschulen haben als Bildungsinstitutionen eine besondere Verantwortung, diese Diskriminierung aktiv zu bekämpfen und inklusivere Strukturen zu schaffen.

Die aktuelle Situation an deutschen Hochschulen ist nicht zufriedenstellend. FLINTA*-Personen sind in Führungspositionen und in bestimmten Fachbereichen massiv unterrepräsentiert. Queerfeindlichkeit, Sexismus und andere Diskriminierungsformen gehören leider zum Hochschulalltag vieler Studierender und Beschäftigter. Es fehlt an institutionellen Strukturen, die Betroffene unterstützen und präventiv gegen Diskriminierung vorgehen.

Eine progressive Bildungspolitik muss queere und feministische Perspektiven besonders fördern und berücksichtigen. Nur durch das Beleuchten dieser machtkritischen Perspektiven lassen sich Ungleichheiten und Unterdrückung langfristig überwinden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, um strukturelle Diskriminierung an Hochschulen zu bekämpfen und gleiche Bildungschancen für alle zu ermöglichen.

Die Forderung nach Quotierungen ist dabei kein Selbstzweck, sondern ein notwendiges Instrument, um historisch gewachsene Ungleichheiten zu überwinden. Diverse Teams führen nachweislich zu besseren wissenschaftlichen Ergebnissen und fördern Innovation. Dass Quotierungen funktionieren, zeigen wir bei CampusGrün bereits erfolgreich in unseren eigenen Strukturen. Die Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten sowie die verpflichtende Einführung von gendergerechter Sprache sind konkrete Maßnahmen, die unmittelbar zu einem inklusiveren Hochschulalltag beitragen können. Gleichzeitig adressieren wir mit der Sensibilisierung in der Lehramtsausbildung auch die zukünftige Bildungslandschaft und tragen so zu einem langfristigen gesellschaftlichen Wandel bei. Der Ausschluss von Burschenschaften und Verbindungen aus dem universitären Raum ist eine notwendige Konsequenz aus deren oft antidemokratischen, sexistischen und elitären Strukturen, die im eklatanten Widerspruch zu den Werten einer diversen und inklusiven Hochschule stehen.

Mit diesem Maßnahmenkatalog wollen wir als CampusGrün einen Beitrag zu einer gerechteren und

diskriminierungsärmeren Hochschullandschaft leisten und unsere klare Position für queerfeministische Bildungspolitik verdeutlichen.



Entwurf

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: Rassismus und Polizeigewalt benennen,
bekämpfen und mit Opfern solidarisieren!

Antragstext

Die 51. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

“Die Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün benennt vorherrschende rassistische Strukturen klar und solidarisiert sich mit den Opfern dieser. Auch an Hochschulen erleben BIPOC täglich Stigmatisierungen und strukturelle Diskriminierung. Als überwiegend weiße Gruppe müssen wir unsere Privilegien stetig reflektieren und daraus lernen. Dafür müssen wir uns selbst zurücknehmen aber auch andere Hochschulgruppen, Universitätsleitungen und politische Handlungsträger*innen dazu auffordern. Wir müssen BIPOC zuhören, ihren Forderungen nachkommen und unsere Privilegien nutzen, um Diskriminierung und Rassismus abzubauen. Um die eigenen Rassismen zu erkennen und zu verstehen, brauchen wir an den Universitäten umfassende Angebote, die sich speziell an weiße Studierende richten. Konkret schlagen wir vor Kurse zu den Themen “Critical Whiteness” und “Allyship” zum Beispiel im Rahmen der Allgemeinen Studien zu verankern.

Der Bundesvorstand wird beauftragt ebenfalls bei der politischen Arbeit von CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismus Problem klar zu benennen. Lorenz Tod zeigt in aller Härte, wie der Kampf gegen Rassismus und insbesondere Polizeigewalt uns in unserer Arbeit prägen muss. Dass Communitys die Aufklärung einfordern müssen damit sie geschieht und dass diese Aufforderung dann von Angehörigen und Aktivist*innen kommt und nicht von Seiten der Politik und Behörden ist bezeichnend. Polizeigewalt und rechte Strukturen in Institutionen müssen flächendeckend und öffentlich transparent aufgearbeitet werden.”

Begründung

Gerade als überwiegend weiße Gruppe dürfen wir uns nicht aus der Verantwortung nehmen und müssen rassistische Strukturen klar benennen und sie eben auch auf die Tagesordnung setzen. Gerade jetzt ist es von unabdingbarer Wichtigkeit laut für Gerechtigkeit zu sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.



Entwurf

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: Kostenloses Semesterticket jetzt!

Antragstext

1 Die 51. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

2 “Die Klimakatastrohe ist eine der existenziellen Bedrohungen unserer Zeit. Der
3 Koalitionsvertrag der Union und SPD lässt nicht drauf schließen, dass die
4 Dringlichkeit verstanden wird. CampusGrün muss daher auf lokaler Ebene sowie in
5 Interaktion mit den Verantwortungsträger*innen auf Bundesebene laut für die
6 Einhaltung des Pariser Klimaabkommens eintreten und für den schnellsten Weg zur
7 Klimaneutralität kämpfen! Um Emissionen zu reduzieren brauchen wir eine
8 Mobilitätswende. Das bundesweite Semesterticket ist dabei ein großer, wichtiger
9 Schritt, der insbesondere Studierenden und weiteren größtenteils finanziell
10 benachteiligten Personengruppen zugutekommt. Daher darf das Semesterticket nicht
11 teuer werden! Im Gegenteil, wir fordern kostenlosen öffentlichen
12 Personennahverkehr für alle jungen Menschen und Menschen im Niedriglohnsektor in
13 Deutschland. Das würde nicht nur die finanzielle Belastung reduzieren, sondern
14 auch die Verkehrswende entscheidend voranbringen. Einer von vielen Schritten,
15 die es jetzt zu gehen gilt.”

Begründung

Aus gegeben Anlass zum Start der Koalition aus Union und SPD müssen wir umso lauter für unsere Forderungen eintreten.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.



Entwurf

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: Studentischer Wohnraum? Jetzt!

Antragstext

1 Die 51. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

2 “Eine wichtige Säule der materiellen Absicherung ist die Schaffung von
3 bezahlbarem und adäquatem Wohnraum. Der private Wohnungsmarkt ist von hohen
4 Preisen und langen Wartezeiten gekennzeichnet und viele Studierende haben daher
5 gerade am Anfang ihres Studiums Probleme damit günstigen und geeigneten Wohnraum
6 zu finden. Die Folge kann sein, dass Studierende unter prekären Bedingungen
7 wohnen oder mit hohem Aufwand Pendeln müssen. Im schlimmsten Fall müssen
8 Studierende ihr Studium abbrechen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass es
9 zukünftig studentischen Wohnraum in ausreichender Menge und Qualität gibt. Die
10 konsequente Nutzung von leerstehenden Flächen sowie die Nachverdichtung sind
11 hier probate Mittel, um der Knappheit entgegenzuwirken. Die bestehende
12 Mietpreisbremse muss so weiterentwickelt werden, dass Mieter*innen Sicherheit
13 haben, nicht im Zuge von Mieterhöhungen aus finanzieller Not heraus ihre Wohnung
14 verlassen zu müssen. Da Studierende häufig auch sehr kurzfristig auf Wohnraum
15 angewiesen sind, muss außerdem das Angebot an Notversorgung und temporärem
16 Wohnraum aufgestockt werden. Um alle Potenziale ausschöpfen zu können, muss
17 Studierenden ein niedrigschwelliges Wohnraum Beratungsangebot zur Verfügung
18 stehen, welches auch mietrechtliche Fragestellungen in den Blick nimmt. Für uns
19 ist klar: der Markt hat beim Wohnraum versagt. Es braucht starke staatliche
20 Eingriffe und Vergesellschaftungen. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit
21 Hausbesetzungen, die auf die Missstände des Wohnungsmarktes aufmerksam machen.
22 Wohnen ist ein Menschenrecht und darf kein Luxus sein.”

Begründung

Gerade die Wohnungsnot unter Studierenden spitzt sich zu. Verfügbarkeit und Preis einer potenziellen Wohnung dürfen nicht über die Wahl der Studienstadt entscheiden. Dies gilt es zu verhindern.

Weitere Begründung mündlich.

Antrag

Initiator*innen: Links-Grüne Liste Bonn (dort beschlossen am: 10.04.2025)

Titel: NAMs in die Hochschullehre!

Antragstext

1 New Approach Methodologies (NAMs), d. h. tier(versuchs)freie Methoden wie In-
2 Vitro- oder In-Silico-Modelle, also Forschung an Zellen und Geweben, „Tissue
3 Engineering“ (Gewebezucht) oder Computermodelle werden in der Industrie immer
4 mehr eingesetzt und stoßen bei Studierenden auf großes Interesse. Ein weiterer
5 immer wichtiger werdender Bereich ist die patientenbasierte Forschung. Nicht nur
6 das Tierleid, sondern auch die Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse führen
7 zu dieser Nachfrage.

8 Der große Innovationsschub, gerade bei der Weiterentwicklung vorhandener
9 Methoden und der Entwicklung völlig neuer, wird jedoch durch den Lock-In-Effekt
10 eines über Jahrzehnte auf Tierversuche ausgelegten Lehr- und Forschungsbetriebs
11 ausgebremst. Tierversuche aus dem Tierschutzgesetz auszunehmen, wie von der
12 neuen schwarz-roten Bundesregierung beabsichtigt, lehnen wir in diesem Rahmen
13 entschieden ab.

14 NAMs werden im Moment, wenn überhaupt, erst vereinzelt ab dem Master- oder
15 Doktorand*innen-Niveau gelehrt. Länder wie die USA ermöglichen hier weitaus
16 mehr. Hinzu kommen bürokratische Hürden bei der Anerkennung/ Validierung der
17 Methoden, Vorprägungen in der wissenschaftlichen Publikationspraxis und in der
18 finanziellen Forschungsförderung, was die Freiheit der Wissenschaft, Forschung
19 und Lehre genauso wie der Berufswahl im Bereich NAMs stark einschränkt und den
20 Hochschulstandort Deutschland benachteiligt.

21 NAMs brauchen also als Zukunftstechnologien – wie es der ehemalige Dekan der
22 Charité, Axel Radlach Pries, ausdrückte – einen ähnlichen Paradigmenwechsel wie
23 die erneuerbaren Energien (Vgl.: <https://www.faz.net/aktuell/wissen/leben->

[gene/ein-berliner-institut-fuer-alternative-zu-tierversuchen-15260615.html](https://www.zeit.de/news/2023-05/26/merck-chefin-garijo-fuer-ausstieg-aus-tierversuchen)).

Mit einem Abbau der benachteiligenden Hürden, groß angelegten Unterstützungsprogrammen (auch in der Grundlagenforschung) und 1R- (Replacement) statt 3R-Zentren kann das gelingen.

Wir wünschen uns NAMs in der Lehre aller einschlägigen natur- und agrarwissenschaftlichen sowie medizinischen Studiengänge (Biologie, Biotechnologie, Biochemie, Bioinformatik, Neurowissenschaften, Pharmazie, Toxikologie, Humanmedizin, Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Medizintechnologie, Psychologie, Ernährungswissenschaften, Agrarwissenschaften u. ä.). Da die Bedarfe je nach Fach sehr unterschiedlich sind, kann es sich dabei um Wahl- oder Pflichtfächer zu vorhandenen Methoden und Methodenentwicklung handeln, um einzelne Module oder um eigene Bachelor- und Masterstudiengänge. Uns ist wichtig, dass sie bereits in allen relevanten grundständigen Studiengängen vorkommen und Forschende dafür gewonnen werden, Lehrveranstaltungen anzubieten. Auch mehr Kooperationen mit technischen Studiengängen und der Industrie halten wir für sinnvoll.

Wir fordern die neue Bundesregierung und alle Landesregierungen auf, den Ausbau von NAMs strategisch und finanziell zu unterstützen.

Innerhalb von Campusgrün und in Zusammenarbeit mit dem freien Zusammenschluss von student:innenschaften (fzs) werden wir unter Koordinierung des neuen Bundesvorstands zudem zusammentragen, auf welche Art und Weise NAMs (ihre Methoden und Methodenentwicklung) schon in die Lehre an der jeweiligen Hochschule eingebunden werden. So geben wir Studierendenschaften Best-Practice-Beispiele an die Hand, um NAMs bei ihnen vor Ort zu befördern und Wissenschaftler*innen, die schon mit und an NAMs forschen und lehren, an die Universitäten zu holen. Perspektivisch sollen Methoden und Methodenentwicklung von NAMs vor allem in den grundständigen Studiengängen als fester Bestandteil der Lehre etabliert werden – je nach Bedarf des Faches als Wahl- oder Pflichtfach, als Modul oder als eigener Bachelor- oder Masterstudiengang.

Hierzu listen wir nachfolgend einige gute Beispiele auf.

Aus der Industrie:

<https://www.zeit.de/news/2023-05/26/merck-chefin-garijo-fuer-ausstieg-aus-tierversuchen>

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/tierversuche-merck-chefin-ueber->

[alternativen-bei-arzneimittelforschung-18921273.html](#)

<https://www.roche.com/stories/modeling-the-future>

<https://institutehumanbiology.com/>

<https://www.bayer.com/media/neues-pilotprojekt-organ-on-chip-soll-tierversuche-in-der-consumer-health-industrie-reduzieren/>

<https://www.chemie.de/news/1171746/weltweit-erste-toxikologische-teststrategie-ohne-tierversuche-von-der-oecd-zugelassen.html>

<https://www.bcp.fu-berlin.de/pharmazie/faecher/pharmakologie/Team/PrivatdozentInnen/Landsiedel/index.html>

Von Hochschulen/ Instituten:

<https://www.bcp.fu-berlin.de/pharmazie/faecher/pharmakologie/Team/index.html>

<https://www.tu.berlin/angewbiochem/ueber-uns/leitung>

<https://jwi.charite.de/forschung/arbeitsgruppen/>

<https://www.bihealth.org/de/forschung/arbeitsgruppe/translational-humane-organmodelle>

<https://www.biologie.uni-konstanz.de/leist/>

<https://www.biologie.uni-konstanz.de/leist/caat-europe/>

<https://caat.jhsph.edu/>

https://www.meduniwien.ac.at/web/forschung/researcher-profiles/researcher-profiles/detail/?res=mario_rothbauer&cHash=9a6b4c8f99b8e9567146f462b475e5b4

<https://www.researchgate.net/profile/Mario-Rothbauer>

<https://www.invitrojobs.com/index.php/de/forschung-methoden/arbeitsgruppen>

Von Start-Ups/ gemeinnützigen Organisationen:

<https://www.tissuse.com/de/>

<https://www.ineris.fr/en/ineris/news/birth-pepper-platform>

<https://www.interniche.org/de>

<https://www.researchgate.net/profile/Nick-Jukes>

COLAAB: <https://www.pcrm.org/ethical-science/animalmethodsbias>

Aus dem Bereich „Ernährung“, denn auch hier werden Anleihen aus der Zellforschung und dem „Tissue Engineering“ genommen und viele Start-Ups und Forschungsk Kooperationen entstehen:

<https://www.tci.uni-hannover.de/de/arbeitsgruppen/biokatalyse-und-bioreaktionstechnik>

<https://publikationen.bibliothek.kit.edu/1000156303/150383212>

<https://gfi.org/wp-content/uploads/2023/01/2022-Cultivated-Meat-State-of-the-Industry-Report-2-1.pdf>

<https://gfieurope.org/de/fermentation/>

Begründung

Eine ähnliche Initiative wurde vor ungefähr einem Jahr schon mal vom Bonner AStA-Referat für Ökologie gemeinsam mit Campusgrün und dem fzs angestrengt, führte aber zu kaum Erfolgen, weshalb ein Neustart versucht werden sollte.

Die Bundesvorstände von fzs und Campusgrün (und gerne auch von weiteren bundesweiten Zusammenschlüssen von Studierenden) sollten vor allem die Kommunikation dieses Papiers an Studierendenschaften koordinieren, um von ihnen NAM-Erfahrungswerte und -Wissenschaftler*innen zusammenzutragen. Diese können gerne weiterhin an peko@asta.uni-bonn.de gesendet werden. Auch darüber hinaus kann das weiterhin von der Links-Grünen Liste Bonn besetzte Ökologie-Referat die Aktion

steuern.



A2

Antrag

Initiator*innen: Laurin Weidenauer (KV Trier)

Titel: **Aufnahme von Campus Grün der Universität
Trier in den Bundesverband**

Antragstext

- 1 Hiermit bitten wir höflich um die Aufnahme der Hochschulgruppe Campus Grün an
- 2 der Universität Trier in den Bundesverband nach zeitweiliger Abwesenheit.
- 3 Weitere Fragen beantworten wir gerne mündlich auf der Versammlung.

- 4 i.A. Laurin



A3

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün TU Dortmund (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: Aufnahme von CampusGrün TU Dortmund in den Bundesverband

Antragstext

- 1 Die Hochschulgruppe CampusGrün TU Dortmund soll als neues Mitglied in den
- 2 Campusgrün Bundesverband aufgenommen werden.

Begründung

Wir sind als CampusGrün schon lange an der TU Dortmund aktiv in StuPa und Senat, haben uns aber vor kurzem erst mit unserer ersten Satzung eine echte Struktur gegeben. Zudem konnten wir im letzten Jahr einige neue Mitglieder gewinnen und sind mittlerweile ca. 20 aktive Leute. Insgesamt haben wir dadurch jetzt auch die Kapazität, uns über unsere Hochschule hinweg zu vernetzen. Wir würden uns deshalb freuen, das in Zukunft über den Campusgrün Bundesverband zu machen!

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis!

Antragstext

Die neue schwarz-rote Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD steht für einen Kurs der sozialen und politischen Rückschritte – und damit gegen die Interessen der jungen Generation. Unter dem Deckmantel von „Verantwortung“ und Stabilität bereitet dieses Bündnis einen sozialen Kahlschlag vor, der auch Studierende trifft. Die anvisierten Vorhaben der Koalition um Merz gefährden akut studentische Lebensrealitäten, Bildungsinvestitionen, soziale Infrastruktur und konsequenten Klimaschutz.

Strukturelle Unterfinanzierung von Hochschulen

Hochschulen werden strukturell unterfinanziert, was sich in der Einstampfung von Studiengängen, mangelhafter Ausstattung, prekären Arbeitsbedingungen insbesondere auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeitenden und studentischen Hilfskräften sowie vielem mehr niederschlägt. Diese Politik ignoriert die Realität junger Menschen und verstärkt das Gefühl politischer Entfremdung.

Insbesondere die rechten Kürzungspläne in den Landeshaushalten – aktuell besonders in Brandenburg und Sachsen – öffnen rechtsextremen Kräften Tür und Tor, um gezielt Einfluss auf Wissenschaftsfreiheit und Bildungszugang zu nehmen und die offene, freie Hochschullandschaft nachhaltig zu gefährden.

Campusgrün stellt sich dieser Politik entschlossen entgegen. **Eine Zukunft gibt es nur mit uns**, mit Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz – nicht mit dem Rotstift von Union und SPD. Statt Sparpolitik

braucht es eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung sowie faire Arbeitsbedingungen an Hochschulen und einen entschlossenen Kampf gegen prekäre Beschäftigung.

Wir plädieren für eine stabile demokratische Finanzierung der Hochschulen, insbesondere durch Bundesmittel, um rechtsextreme Einflussnahme mittelbar durch Landesparlamente an Hochschulen zu verhindern.

Studieren am Limit - Zeit für echte Entlastung statt leerer Versprechen

Studierende befinden sich in einer prekären Lage. Wohnraum in Universitätsstädten ist knapp und teuer, psychische Belastungen nehmen drastisch zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt entschlossen mit Vollgas entgegenzusteuern, **bleibt Schwarz-Rot mit angezogener Handbremse im Rückwärtsgang**. Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Ungebäude ist jetzt durch das Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt werden. Mit Blick auf die Prioritäten der Koalition um Merz, die gerade nicht den sozialen Wohnungsbau und den Bildungsinfrastruktur in den Vordergrund stellt, gehen wir Studierende vermutlich wieder leer aus.

Die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen im Bereich der BAföG-Reform sind zwar ein erster Schritt, greifen aber viel zu kurz und stehen unter Finanzierungsvorbehalt – de facto ein wertloses Versprechen. Die Summe der zum Wintersemester 2026/27 einmalig angekündigten Erhöhung der Wohnkostenpauschale liegt weiter unter der durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in den größeren Universitätsstädten – **ein Tröpfchen auf den heißen Stein!**

Besonders alarmierend ist die Ignoranz gegenüber der **psychischen Gesundheit** von Studierenden. Studien zeigen seit Jahren einen drastischen Anstieg psychischer Belastungen: Etwa jede:r fünfte Studierende kämpft mit Depressionen, Angststörungen oder psychischem Druck. Notwendige Mittel für psychologische Beratungsstellen, Präventionsangebote oder schlicht eine spürbare Entlastung durch bessere Studienbedingungen fehlen.

Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens „Infrastruktur“ für einen **echten „Bau-Turbo“**, der gezielt in studentischen Wohnraum und sanierungsbedürftige Hochschulgebäude investiert. Dafür braucht es klare gesetzliche Vorgaben zur Zweckbindung der Mittel sowie eine Priorisierung des sozialen Wohnungsbaus statt Symbolpolitik der CDU/CSU-geführten Koalition.

Campusgrün drängt auf eine **grundlegende BAföG-Reform**, die das BAföG endlich elternunabhängig, bedarfsgerecht und krisenfest macht. Die Wohnkostenpauschale muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren und jährlich dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahme.

Wir betonen die Notwendigkeit einer **strukturell und dauerhaft finanzierten** psychologischen Beratungsstelle an Hochschulen inklusive des Ausbaus von Präventionsprogrammen und niedrigschwelligen Angeboten. Diese Investitionen dürfen aber nicht zulasten der Studierenden in Form einer Erhöhung der Semesterbeiträge führen - vielmehr sind hier Bund und Länder in der Pflicht, entsprechende Vorhaben über besser ausgestattete Studierendenwerke zu fördern. Gleichzeitig halten wir eine **Entzerrung des Studienalltags** durch bessere Studienbedingungen beispielsweise durch mehr Flexibilität, weniger Leistungsdruck und eine Entbürokratisierung des Prüfungswesens für notwendig.

Klimapolitischer Rückschritt

Minimalismus ist ein aufstrebender Trend - und wird im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz vollumfänglich gelebt.

Hochschulen tragen als Orte der Bildung, Forschung und Innovation eine besondere Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise. Sie sind neben Wissensträgern und Ausbildungsorten auch gesellschaftliche Vorbilder. Wenn sie die Klimaneutralität anstreben, senden sie ein starkes gesellschaftliches Signal und fördern nachhaltiges Denken bei zukünftigen Entscheidungsträger:innen. Durch eigene Klimaschutzmaßnahmen werden Hochschulen zu Reallaboren für praxisnahe Forschung und interdisziplinäre Lösungsansätze – ein zentraler Beitrag zur technologischen und sozialen Transformation. Die Transformationsprozesse auch an den Hochschulen erfordern eine finanzielle Unterstützung, die weder in den Landeshaushalten noch den Bundeshaushalten ausreichend abgebildet ist.

Hier zeigt sich: Eine Koalition ohne bündnisgrüne Beteiligung fehlt der nötige Gestaltungswille, um Bildung und Wissenschaft auf Klimakurs zu bringen.

Campusgrün fordert die Einführung eines bundesweiten Klimafonds für Hochschulen, mit dem gezielt Investitionen in Energieeffizienz, Gebäudesanierung, nachhaltige Mobilität und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Mittel aus dem Sondervermögen „Klima und Transformation“ müssen auch für Bildungsinstitutionen geöffnet und langfristig abgesichert werden.

Campusgrün ruft die Hochschulleitungen auf, ihre **Selbstverwaltungshoheit strategisch für Klimaneutralität zu nutzen**: durch eigene

Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO₂-Bilanzen und transparente Zielvorgaben. Wir werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und Parlamenten, Ästen und weiteren Gremien.

Um Studierende sowohl im Hörsaal als auch am Campus für Klimaschutz zu sensibilisieren, solidarisiert sich Campusgrün mit Students for Future und der Public climate School. Wir werden durch die Mitgliedsgruppen vor Ort dafür kämpfen, dass unsere Hochschulen Vorreiter beim Klimaschutz werden.

Den Osten fest im Blick behalten

Ein besonderer Blick gilt Ostdeutschland. In keinem Teil des Landes sind die Auswirkungen von sozialer Schieflage und politischem Vertrauensverlust so spürbar wie hier. Jahre der ungleichen Ressourcenverteilung haben dazu geführt, dass viele ostdeutsche Regionen strukturell benachteiligt sind – geringere Löhne, weniger Studienplätze und Forschungsinstitute, Abwanderung junger Talente und eine besorgniserregende Perspektivlosigkeit. Diese Probleme erfordern eine Regierung, die entschlossen für **gleichwertige Lebensverhältnisse** eintritt - auf Bundes- und Landesebene.

In Ostdeutschland wächst der Unmut. Die letzten Bundestagswahlen haben gezeigt, dass der rechtsextreme politische Rand Zulauf bekommt. In der Altersgruppe der Erstwähler:innen und Studierenden ist dieser Trend besonders deutlich: 18- bis 24-Jährige haben bei der Bundestagswahl 2025 verstärkt im Osten die AfD gewählt – ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die demokratischen Parteien das Vertrauen der Jugend verspielen. Insbesondere der **Rechtsruck** bereitet uns große Sorgen, der sich langsam **auch an Universitäten etabliert**. Neben Burschenschaften gründen sich erste rechte Hochschulgruppen und versuchen, ihre Themen an der Universität zu spielen.

Campusgrün fordert endlich einen klaren politischen Fokus auf Ostdeutschland und nicht zuletzt gute Bildung vor Ort. Dafür braucht es gezielte Bundesmittel für den Hochschulbau und die Sanierung ostdeutscher Standorte, für Forschungseinrichtungen in der Fläche sowie für Förderprogramme, die ostdeutsche Perspektiven in Wissenschaft, Verwaltung und Politik sichtbar machen. Ostdeutsche müssen in Ministerien, Bundesbehörden, Hochschulleitungen und auf Professuren angemessen vertreten sein. Und wir fordern: eine unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller Hochschulgremien und aller nachgeordneten Institutionen gegen jede Form von Rechtsextremismus. Kein Hochschulstandort im Osten darf **Opfer von Sparmaßnahmen** werden. Bibliotheken, Mensen und Institute müssen erhalten und ausgebaut werden. **Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland brauchen gezielte Förderung statt**

weiterer Kürzungen, um Abwanderung und Perspektivlosigkeit zu stoppen.

Campusgrün solidarisiert sich ausdrücklich mit den Studierenden und jungen Menschen in Ostdeutschland, die oft doppelt kämpfen müssen – gegen materielle Benachteiligung und gegen rechte Stimmungsmache. An den Universitäten dürfen wir kein Klima dulden, in dem rechtes Gedankengut salonfähig wird. Campusgrün wird verstärkt Projekte politischer Bildung und Antidiskriminierung in Ostdeutschland unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und sicherstellen, dass **bündnisgrüne Politik im Osten sichtbar und hörbar** bleibt. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie finanziell, politisch und durch gemeinsame Kampagnen, um die ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort zu bekämpfen und demokratische Werte zu stärken.

Campusgrün als progressive Kraft in der Zukunft

In dieser schwierigen Lage kommt Campusgrün eine entscheidende Rolle zu. Wir verstehen uns als **progressive Stimme im Hochschulbereich** – und diese Stimme werden wir weiterhin laut erheben. Während die Bündnisgrünen auf Bundesebene in der parlamentarischen Opposition sind, sind wir vor Ort oft die stärkste Kraft in den Studierendenparlamenten und stellen die ASten, Senator:innen und viele weitere Positionen. Campusgrün wird die Hochschulen im ganzen Land mobilisieren: Wir werden Protestaktionen gegen Bildungs- und Sozialkürzungen anstoßen, studentische Vollversammlungen und Bündnisse organisieren und Druck auf Hochschulleitungen ausüben, sich klar gegen den Sparkurs aus Berlin zu positionieren. Wenn Bibliotheksetats gekürzt oder Mensapreise erhöht werden, werden wir das nicht still hinnehmen, sondern öffentlich skandalisieren.

Campusgrün ist die Stimme grün-alternativer Hochschulgruppen auf **Bundesebene** und wird innerhalb der grünen Familie konsequent soziale Gerechtigkeit und Solidarität einfordern – im engen Austausch mit Grüner Jugend, Bündnis 90/Die Grünen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Als **progressiver Impulsgeber gegenüber der Grünen Partei** werden wir klare Forderungen stellen: Die grüne Opposition muss die Anliegen der Studierenden aufgreifen – von der BAföG-Reform über bezahlbares Wohnen bis zur psychischen Gesundheit. Campusgrün wird entsprechende Anträge und Initiativen einbringen, sei es auf Parteitag oder in Gesprächen mit Grünen-Abgeordneten. Unsere Botschaft: Die Bündnisgrüne Partei darf die junge Generation nicht enttäuschen, sie muss uns aktiv vertreten!

Campusgrün fordert von Bündnis 90/Die Grünen eine starke, progressive Oppositionsarbeit im Bundestag – mit klarer Haltung für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Bildung. Gerade aus Hochschulperspektive ist entscheidend, dass

164 Kürzungen im Bildungsbereich konsequent kritisiert und mutige Alternativen wie
165 eine echte BAföG-Reform eingebracht werden. Wir erwarten, dass sich die
166 Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und eigene Akzente setzen – für
167 Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün
168 begleiten wir diesen Kurs konstruktiv-kritisch, unterstützend, wo er überzeugt –
169 und deutlich, wo er zu zaghaft bleibt.

Begründung

erfolgt mündlich



A5

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: Satzungsänderungsantrag

Antragstext

1 Die Bundesmitgliederversammlung möge beschließen § 5 der Satzung des
2 Bundesverbands grün-alternativer Hochschulgruppen um Abs. 6 zu ergänzen:

3 Abs. 6

4 Hochschulgruppen, die noch nicht Mitglied im Bundesverband sind und die
5 Voraussetzungen dieser Satzung erfüllen, können beim Bundesvorstand eine
6 vorläufige Mitgliedschaft unter der Maßgabe beantragen, auf der nächsten
7 Bundesmitgliederversammlung einen Aufnahmeantrag zu stellen. Der Bundesvorstand
8 beschließt über die Verleihung des „vorläufigen Mitglieds“ mit zwei-drittel
9 Mehrheit. Die Rechte beschränken sich auf die Nutzung der Infrastruktur des
10 Bundesverbands, die vorläufige Mitgliedsgruppe hat insbesondere kein Stimmrecht.
11 Sofern der Bundesverband auf dieser Bundesmitgliederversammlung den Antrag
12 ablehnt, ist die Gruppe so zu stellen, als wenn der Bundesvorstand den Titel der
13 vorläufigen Mitgliedsgruppe nicht verliehen hätte.

Begründung

Die vorläufige Mitgliedschaft ermöglicht Hochschulgruppen, sich schrittweise an den Bundesverband Campusgrün anzunähern und erste Strukturen aufzubauen – ohne sofort alle Rechte einer regulären Mitgliedsgruppe zu erhalten. Sie dient insbesondere dazu, Doppelstrukturen bei neu entstehenden Gruppen zu vermeiden. Eine solche Doppelstruktur kann entstehen, wenn eine Gruppe zunächst eigene Infrastruktur wie Mailadressen, Ablagesysteme oder Webseiten aufbaut, bevor sie sich dem Bundesverband anschließt. Erst nach einem Aufnahmebeschluss kann der Verband entsprechende Infrastruktur bereitstellen – die jedoch gerade in der Gründungsphase dringend benötigt wird und bis dahin eigenständig geschaffen werden müsste.

Gleichzeitig schützt die Regelung den Verband davor, dass Gruppen die Infrastruktur nutzen, ohne sich langfristig zu binden oder tatsächlich Mitglied werden zu wollen. Die Begrenzung der Rechte – insbesondere der Ausschluss vom Stimmrecht – sowie die rückwirkende Aberkennung im Falle einer Ablehnung verhindern eine missbräuchliche Nutzung. Die Verpflichtung, den Antrag auf der nächsten Bundesmitgliederversammlung zu stellen, schafft Verbindlichkeit und stellt sicher, dass die Integration in den Verband ernsthaft verfolgt wird.

Die Möglichkeit, den Antrag zunächst beim Bundesvorstand zu stellen, sichert ein zügiges Verfahren, da damit eine Entscheidung auf der folgenden Bundesmitgliederversammlung zwingend vorgesehen ist.